



öffentlich

Betreff:

Bürgerbeteiligung ehemaliges Tram-Depot / Bebauungsplan Nr. 104 "Heinrich-Mann-Allee/Kolonie Daheim"

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 15.10.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.11.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 104 "Heinrich-Mann-Allee/Kolonie Daheim" eine Bürgerversammlung durchzuführen. In dieser Versammlung sind insbesondere die Verkehrsplanungen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der angrenzenden Wohngebiete Kolonie Daheim und Brunnensiedlung zu erörtern.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Auf Initiative der SPD hat die ProPotsdam im Juni 2015 bei einem Vor-Ort-Termin am ehemaligen Tram-Depot ihre Pläne erläutert. Mehr als 100 Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Wohngebiete sind der Einladung zu dieser Bürgerinformationsveranstaltung gefolgt. In der Diskussion hat sich ein besonders großes Interesse an Fragen der zukünftigen Verkehrsplanung (u.a. Parkplätze, Verkehrszunahme und Anbindung Heinrich-Mann-Allee, Zunahme von Verkehren im Wohngebiet Kolonie Daheim) gezeigt. Aufgrund des frühen Zeitpunkts im Planungsprozess konnten die Fragestellungen zum Thema Verkehr jedoch nicht beantwortet werden. Nicht zuletzt aufgrund der hohen Resonanz in der Bevölkerung erscheint im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans die Durchführung einer Bürgerversammlung zur Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit angeraten, um offene Fragen zu beantworten und eventuelle Einwände aufzunehmen.